

IG Metall will einen politischen Kurswechsel

Gewerkschaft fordert Abkehr von Spardiktaten neue Ordnung auf Arbeitsmarkt und flexible Rentenübergangsmodelle

Odenwald-Tauber. (bg) Die IG Metall befürchtet, dass Leiharbeit, für die nach dem jüngsten Tarifabschluss zum 1. November vielfach ein sogenannter Branchenzuschlag gilt, zunehmend durch Werkverträge umgangen wird. Dieser Problematik werde man sich in den nächsten Monaten verstärken annehmen, kündigte der Erste Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, Gerd Koch, in einem Pressegespräch am Dienstag in Schweinberg an und gab dabei einen Ausblick auf den künftigen Arbeitsschwerpunkt der Gewerkschaft, die sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 für einen politischen Kurswechsel stark machen will.

„Uns gehen die Themen und Aufgaben nicht aus“, machten Gerd Koch und die Gewerkschaftssekretäre Harald Gans und Türker Baloglu im Pressegespräch im „Ross“ in Schweinberg deutlich. Für die Gewerkschaftsarbeit gehe es im Herbst 2012 nach der „seit langem besten Tarifrunde“ nun zunächst um die Umsetzung der neuen tariflichen Regelungen in den Betrieben.

Dabei gelte besonderes Augenmerk der Umsetzung des Grundsatzes der unbefristeten Übernahme von Auszubil-

henden und der Einhaltung der Bestimmungen zur Leiharbeit.

So werde man die Zulässigkeit des Einsatzes von Leiharbeitern anhand der tariflichen Kriterien genau prüfen und strebe in den Betrieben, wo es noch keine Regelungen zu Leiharbeit gibt, Betriebsvereinbarungen entsprechend dem Grundsatz „Verhindern, begrenzen, gestalten“ an. Die IG Metall werde auf die Umsetzung des ab dem 1. November für viele Leiharbeiter geltenden Branchenzuschlag achten. Es gelte die Devise „Gleiche Arbeit - gleiches Geld“, unterstrich Koch.

Zugleich warnte die IG Metall vor einer Umgehung der Leiharbeit durch Ausgliederungen und Werkverträge. Dieser Problematik, die man zunehmend befürchte, werde man sich in den kommenden Monaten verstärkt annehmen.

In diesem Zusammenhang verwies Gerd Koch auf den am 7. Oktober stattfindenden „Internationalen Tag gegen prekäre Beschäftigung“, bei dem Gewerkschaften in vielen Ländern Flagge zeigten gegen Ausgrenzung, Hungerlöhne und Rechtslosigkeit. Auch im Zuständigkeitsbereich der IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, der den

Main-Tauber-Kreis und Teile des Neckar-Odenwald-Kreises umfasst, werde es an diesem Tag örtliche Aktivitäten der Gewerkschafter geben.

In ganz Europa wachse, so Koch, die prekäre Beschäftigung, doch nicht nur die prekär Beschäftigten, sondern auch die Kernbelegschaften in den Betrieben seien zunehmenden Unsicherheiten, einem wachsenden Leistungsdruck und ausufernden Arbeitszeiten ausgesetzt. Vielfach führe eine extrem gestiegene fremdbestimmte Flexibilität von Arbeitszeiten zu einer Dominanz betrieblicher Interessen im Leben der Arbeitnehmer.

Dringend notwendig seien lebensphasengerechte Arbeitszeitregelungen, die beispielsweise dem Bedarf an Zeiten der Kindererziehung ausreichend Rechnung tragen, und flexible Altersübergangsmodelle. Wie Koch dazu betonte, erarbeite die IG Metall derzeit unter der Überschrift „Gute Arbeit - gut in Rente“ Positionen gegenüber der Politik im Hinblick auf das Bundestagswahljahr 2013.

Die IG Metall wolle einen politischen Kurswechsel und fordere dabei unter anderem eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Prekäre Beschäftigung und Armutslöhne müssten verhindert, die

weitgehende Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010 zurückgenommen, ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Statt der „Rente ab 67“, die die Gewerkschaft ebenso wie eine weitere Senkung des Rentenniveaus ablehne, seien flexible Altersübergangslösungen unverzichtbar. Zudem bedürfe es eines Rentenanspruchs, der vor Altersarmut schütze. Ebenso verlange die IG Metall eine ökologisch und sozial nachhaltige Wachstumspolitik, ein gerechteres Steuersystem, das Spitzeneinkommen und hohe Vermögen stärker besteuere, und eine Abkehr von Spardiktaten und Eingriffen in Sozialsysteme.

Die Mitgliederentwicklung der IG Metall im Bereich der Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim sei, wie Koch informierte, im ersten Halbjahr 2012 erfreulich verlaufen. Derzeit betreue die Verwaltungsstelle über 7.200 Beschäftigte in der Region. Die wirtschaftliche Lage im überwiegenden Teil der Betriebe sei „stabil bis sehr gut“. Daran werde man sich in den ab Januar anstehenden Debatten um die Tarifforderung 2013 für die Metall- und Elektroindustrie und das Kfz-Handwerk orientieren.